



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/149 - 4. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-83

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Moskauer Überraschungen	S. 1
Vom Kongress der Internationale (III)	S. 2
Familientreffen in London	S. 3
Schwesternmangel	S. 4
Pressestimmen zum gescheiterten Atomgesetz	S. 7
Anhang: Wiedervereinigung und Sicherheit	
Zum 8-Punkte-Programm von Erich Ollenauer	

Entthronung der Stalinisten

ler. Noch vermag niemand die volle Bedeutung der Moskauer Überraschung zu erkennen und deren Tragweite abzuschätzen. Es müssen allerdings sehr gewichtige Gründe innen- und aussenpolitischer Natur gewesen sein, die Chruschtschow und seiner Anhang bewogen haben, gerade in diesen Tagen den Schlag gegen die Stalinisten Molotow, Kaganowitsch, Schepilow und Malenkov zu führen. Die Form, in der dies geschah, spricht für eine sorgfältig vorbereitete Aktion. Der Sturz von hohen Parteiältern bedeutet wohl auch das baldige Ausscheiden aus Ministerämtern; das entspricht Moskauer Gepflogenheiten. Die Position Chruschtschows, veretärkt durch die Hinzuziehung Schukows als Vollmitglied in das engere Präsidium, ist unantastbar geworden. Sicherlich ist auch noch nicht das Ende dieses Prozesses einer grossen Umgruppierung innerhalb der russischen Kommunisten, deren Startsignal der 20. Kongress gab, abzusehen. Eines scheint sich freilich mit Gewissheit zu ergeben: die Entstalinisierung geht weiter, die Kräfte, die die Sowjetunion aus der Enge des Polizeistaates herausführen wollen, haben, vier Jahre nach Stalins Tod, unbestreitbar die Oberhand. Chruschtschow stützt sich im wesentlichen auf die Armee und auf eine breite Schicht von Staatsbeamten, Technikern und Bürokraten, die eigentlich herrschende Klasse der Sowjetunion. Sie ist heute ein entschiedener Gegner stalinistischer Grossüberungen und menschenverschlingender Wirtschaftsexperimente. Sie braucht eine lange Zeit der Ruhe und der Konsolidierung.

Die Sowjetunion steckt unzweifelhaft in einem Umwandlungsprozess, der sich auf viele Bereiche erstreckt. Hauptmerkmale dieser vom 20. Kongress eingeleiteten Entwicklung sind die Dezentralisierung auf dem Gebiet der Wirtschaft, die stärkere Betonung des autonomen Charakters der Unionsrepubliken, die Bildung selbständiger mit Moskau nur in loser Verbindung stehender Wirtschaftsgebiete und eine Erleichterung der Lage für die Kolchosbauern. Aufschlussreich ist der Passus im Kommuniqué, der sich mit dem Widerstand der vier Gestürzten gegen eine Fortführung der Entstalinisierung befasst. Es heisst hier u.a.:

Diese Gruppe ging so weit, dass sie den Kampf gegen die

4. Juli 1957

Reorganisation der Leitung der Industrie auch dann noch fortsetzte, als die erwähnten Massnahmen in einer das ganze Volk umfassenden Diskussion gebilligt und danach auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR zum Gesetz erhoben waren.

Dieser Passus in der offiziellen Begründung lässt die Heftigkeit des Konfliktes innerhalb der russischen Führungsschicht um die Fortführung der Entstalinisierung erkennen. Alle Gestürzten waren Anhänger einer straffen Zentralisierung, sie sahen die Macht der Sowjetunion nur gesichert, wenn Moskau, wie in Stalins Zeiten, auch die kleinsten Einzelheiten weiterhin bestimmt. Sie mussten unterliegen, weil der notwendige Drang zur weiteren wirtschaftlichen Expansion keine von oben auferlegte Zwangsjacke mehr verträgt.

Als Stalin unter Hekatomben von Menschenleben die Kollektivisierung der Landwirtschaft durchsetzte, um freie Bahn für eine forcierte Industrialisierung zu bekommen, geschah dies auch aus aussenpolitischen Gründen. Stalin war von der Unvermeidlichkeit des Krieges überzeugt, den er freilich durch seinen Pakt mit Hitler selbst herbeiführen half. Wenn nun ein Mitunterzeichner dieses Paktes, der ehemalige langjährige sowjet-russische Aussenminister und einer der Architekten der russischen Kommunistischen Partei, Molotow, mit über die Klinge springen muss, so deutet sich in seinem endgültigen Sturz wohl auch die Bereitschaft der Sowjetunion an, mit der westlichen Welt, zumindest für eine längere Zeitspanne, auf der Grundlage der Koexistenz zusammenzulieben. Was das gegenwärtige Präsidium der russischen KP den einstmaligen mächtigen Gefährten Stalins nun nachsagt, ist der schwerwiegende Vorwurf, sie hätten sich, und das gilt besonders für Molotow, der "Verminderung der internationalen Spannung und der Errichtung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und allen Völkern widersetzt". Vor Molotow, dem ständigen Njet-Sager bei den Vereinten Nationen, wurde in diesem Zusammenhang behauptet, er habe das Zustandekommen des österreichischen Staatsvertrages verhindern wollen - ein besonders bemerkenswerter Hinweis auf die hemmende Rolle, die dieser Mann auch noch nach Stalins Tod in der russischen Aussenpolitik gespielt hat.

Der Westen wird gut daran tun, die russische Entwicklung auch weiterhin mit grösster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wenn, und dafür sprechen alle Anzeichen - die Sowjetunion wirklich eine längere Atempause nötig hat, dann ergeben sich gewiss viele Möglichkeiten für einen positiven Fortgang der Londoner Abrüstungsverhandlungen. Wer in Frieden leben will, den soll man nicht vor den Kopf stossen - bei allem Misstrauen, das durch die Vergangenheit gerechtfertigt ist. Offensichtlich sind die Lenker der Geschichte der Sowjetunion bestrebt, durch die Entfernung der letzten Stalinisten aus Schlüsselpositionen der Welt den Beweis zu geben, dass auch innen im Atomzeitalter an einem Abbau des Misstrauens gelegen ist.

* * *

Im Banne Bevans

G.M. - Wien

Mit der Diskussion über die Situation im Nahen Osten, Algerien und auf Zypern hat der Kongress der Sozialistischen Internationale am Mittwoch und Donnerstag Probleme der Weltpolitik angesprochen, deren Lösung äusserst schwierig, deren Erörterung aber gerade dem demokratischen Sozialismus eine Verpflichtung ist. Naher Osten, Algerien und Zypern sind neuralgische Punkte der Weltpolitik. Was sich dort ereignet, ist im wesentlichen die Folge von jahrelang zurückliegenden Fehlern und Versäumnissen von Regierungen, deren Vorstellungswelt dem demokratischen Sozialismus gegenüber ablehnend oder feindlich ist. Heute müssen zum Teil Sozialisten in der Regierungsverantwortung die von den sozialistischen Gegnern aufgehäuften Hypotheken der Vergangenheit abtragen.

Der Kongress der Sozialistischen Internationale nahm mit grosser Aufmerksamkeit sowohl die von dem Norweger Finn Moe vorgetragene Besorgnisse wegen der Haltung der französischen Sozialisten in der Algerienfrage, wie auch die Darstellungen des französischen Delegierten Cozmin zur Kenntnis. Unwidersprochen blieb Moes Feststellung, dass die Sozialisten in den meisten Ländern die Geschehnisse in Algerien nicht verstehen und besonders nicht gutheissen können, dass dort Methoden mit Billigung der französischen Sozialisten angewendet werden, die mit den demokratischen sozialistischen Prinzipien nicht übereinstimmen. Cozmin, der die schwierige Aufgabe übernommen hatte, das Geschehen in Algerien zu erläutern, die geschichtlichen Ursachen des gegenwärtigen Krieges darzulegen, unterbreitete dem Kongress den Vorschlag, zur Bildung einer Kommission, die an Ort und Stelle die Situation überprüfen soll.

Einen Höhepunkt in der Auseinandersetzung über das Algerienproblem bildete die Intervention des ausserpolitischen Sprechers der Labour-Party, Bevan. Mit atemloser Spannung lauschte der Kongress Bevans grundsätzlicher Kritik an einer längst überholten Kolonialpolitik. Wo die Emanzipation eines Volkes zu lange mit Gewalt verhindert wird, sagte Bevan, wird jeder Lösungsversuch des unweigerlich entstehenden Konfliktes zwischen Herrschern und Beherrschten zum Nachteil beider ausgehen. Man könne nicht von einer internationalen Zusammenarbeit reden, solange man

nicht bereit sei, die nationale Selbständigkeit dessen, mit dem man zusammen arbeiten wolle, anzuerkennen.

In diesem Zusammenhang warnte Bevan auch nachdrücklichst vor einer leichtfertigen Kritik an der UNO und deren Versuche, Konflikte, wie etwa den Algerienkrieg oder den Konflikt im Nahen Osten beizulegen, Anklagend: "Ich sehe heute Leute, die die UNO deswegen kritisieren, weil sie nach dem Hinzukommen asiatischer und arabischer Völker in der UNO nicht mehr das Instrument ihrer Ambitionen erblicken." Die Sozialistische Internationale sollte gerade die Prinzipien der UNO für unantastbar erklären und durch ihre Aktionen zur Befriedung in der Welt beitragen.

Ebenso wie Gaitskell betonte auch Bevan, dass er die Zeit für gekommen halte, in der sich die Sozialistische Internationale zu einem Instrument einer internationalen sozialistischen Aussenpolitik entwickeln sollte. Die Zustimmung, die Bevan gerade bei diesem Punkt seiner Rede erhielt, dürfte eines der wesentlichsten Merkmale des diesjährigen Kongresses der Sozialistischen Internationale sein. Alle Delegationen drängen in zunehmendem Masse in die von Bevan und Gaitskell angedeutete Richtung. Dies zeigt sich auch bei den Vorarbeiten der Kommissionen, die für die politischen Entschliessungen ihre Entwürfe bereits fertiggestellt haben.

Im Gegensatz zu früheren Nachkriegskongressen der Sozialistischen Internationale ist zu erwarten, dass die grossen politischen Fragen heute bei den sozialistischen Parteien wesentlich einheitlicher beurteilt werden und dass auch gemeinsame Vorstellungen für die Lösung der entscheidenden Weltprobleme entwickelt werden konnten. Gewiss werden in Einzelfragen auch jetzt noch bei dieser oder jener Delegation über die Methode zur Lösung des einen oder anderen Problems Meinungsverschiedenheiten bestehen bleiben. Es ist aber jetzt schon in Wien deutlich geworden, dass der Wille zur Überwindung dieser Meinungsverschiedenheiten unendlich viel grösser ist als es jemals der Fall war.

* * *

Konferenz ohne Beschlüsse

H.E.D. Die alljährliche Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Commonwealth-Länder ist auch noch im Jahre 1957 für die englischen Politiker ebenso wie für einige ihrer Kollegen aus jener grossen Völkerfamilie mehr als nur eine traditionelle Angewohnheit. Die sich zumeist über zwei Wochen hinwegziehenden Gespräche umspannen den gesamten Rahmen der weltpolitischen Ereignisse. Natürlich wird das festliche Spektakel der Empfänge und Besuche manchen Briten wehmütig stimmen, denn die Zeiten des "London locuta, causa finita" gehören endgültig der Vergangenheit an.

Der Ausländer, der sich von einer solchen Konferenz wichtige Entscheidungen und interessante Communiqués erhofft, wird enttäuscht werden, denn die Gespräche verlaufen ohne Tagesordnung und festgelegte Reihenfolge. Nur sehr selten gelingt es einem Aussenstehenden, handfeste Fakten zu ergattern. Erst Monate später wird man an der Politik der einzelnen Staaten ablesen können, inwieweit Agreements erzielt oder Probleme ungelöst stehengeblieben sind. Und in der Tat, schon heute darf man vermuten, dass eine Reihe von Problemen, die mit der Stellung des Commonwealth und den Beziehungen der Mitglieder untereinander zu tun haben, keine eigentliche Lösung erfahren werden.

Die Rassenpolitik der Südafrikanischen Union ist nicht angetan, die Beziehungen Pretorias zu Karachi, Neu-Delhi oder Accra freundlicher zu gestalten. Die Abwesenheit des Ministerpräsidenten Strijdom ist ein augenfälliger Beweis dafür, dass die Union eigene Wege gehen will. Am Kap gibt es nationalistische Kreise, die lieber heute als morgen das Commonwealth verlassen würden. England selbst hat versucht, Verständnis für seine Aktion am Suez bei den afrikanischen und asiatischen Dominions zu finden. Macmillans Lage ist nicht einfach, und keiner weiss, ob nicht Nehru seiner britischen Kollegen heftige Vorwürfe gemacht hat. Ob es der Konferenz gelingt, die schon seit langer Zeit latenten Spannungen zwischen den 'weissen' und 'farbigen' Mitgliedern des Commonwealth zu überwinden, bleibt im Augenblick ungewiss.

Umso erstaunlicher muss das Verhalten Kanadas - oder besser gesagt, seines neuen Ministerpräsidenten Diefentaker betrachtet werden. Es gab einmal eine Zeit in der Geschichte des Commonwealth, da politische Beobachter die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Kanadas mit den USA als einen deutlicher Hinweis auf das Ende des Commonwealth-Ge-

dankens ansahen. Heute aber schein Ottawa am ehesten an einer möglichst engen Bindung der Commonwealth-Länder interessiert zu sein. Das Pendel ist in das andere Extrem ausgeschlagen. Einen gemeinsamen Wirtschaftsblock des Commonwealth unter deutlicher Abgrenzung gegenüber der Dollar- und europäischen Wirtschaftssphäre zu begründen, so müssen Diefenbakers Ideen aufgefasst werden. Sie kommen der insularen Mentalität Englands entgegen.

Wie auch immer die Gespräche auf dem Landsitz des britischen Premiers ausgehen mögen, der europäische Einheitsgedanke, der nie recht populär in England war, liegt Downing-Street ferner denn je. Mit grosser Freude werden die asiatischen Dominiums die Aufhebung des britischen China-Embargos vernommen haben. Vielleicht hat damit London seinen Prestige-Verlust an Nil wieder wettgemacht. Wie denn auch das englische Bestreben darauf gerichtet ist, mit Hilfe der Commonwealth-Mitglieder in Asien und Afrika sich vom Geruch des Kolonialismus zu befreien.

Leider aber - und hier liegt die grosse staatsmännische Kunst der Briten - ist es Frankreich nicht gelungen, ein solches Familientreffen seiner Völker in Paris zu veranstalten.

* * *

Gefahr für die Volksgesundheit

sp- Eine grosse bundesrepublikanische Tageszeitung stellte vor einiger Zeit die Forderung auf, der Berufsstand der Krankenschwestern solle doch "seinen Beruf wieder als Dienst an Gott und dem Nächsten auffassen". Die Zeitung, zweifellos, wollte damit guten Glaubens zur Hebung des vielbeklagten Mangels an Krankenpflegepersonal beitragen. Die Zeitung erhielt einen Leserbrief: "Ich bin sehr gern Schwester", hiess es darin, "...wir sträuben uns auch nicht, für unsere Patienten, wenn es erforderlich sein sollte, über die Arbeitszeit da zu sein; aber wir wehren uns dagegen, vom Unternehmer, sei es Staat, Stadt oder Privat, ausgenützt und auf Grund unseres Idealismus über unsere Kräfte beansprucht zu werden."

Inzwischen wurde vom Bundestagsausschuss für Gesundheitswesen ein "Gesetz über die Ausübung des Berufs der Krankenschwester, des Krankenpflegers und der Kinderkrankenschwester" durchberaten, das vom Bundestag und Bundesrat gutgeheissen und damit geltendes Recht geworden ist. Wer

in dem Gesetz nach irgendeinem Ansatzpunkt sucht, diesen Mangelberuf attraktiver zu machen, gibt sich einem sinnlosen Unterfangen hin. Das neue Krankenpflegegesetz schützt nur die Berufsbezeichnung. Es schützt nicht die Krankenschwester oder den Krankenpfleger, die diese Berufsbezeichnung zu führen berechtigt sind, vor Ausnutzung und vor Überbeanspruchung. Es schreibt die Dauer der Ausbildung und die Lehrfächer genau vor. Es verlangt von den Berufsanwärtern ein polizeiliches Führungszeugnis und körperliche Eignung. Es kümmert sich darum, dass die weiblichen Anwärter ausserdem vorher ein hauswirtschaftliches Jahr abgeleistet haben - aber es kümmert sich nicht im entferntesten um die sozialen Belange derjenigen, die ihre Prüfungen bestanden und ihren "Dienst an Gott und dem Nächsten" praktisch angetreten haben.

40 000 Schwestern fehlen

Dass der Schwesternmangel eine Gefahr, und zwar eine sehr ernste Gefahr, für die Volksgesundheit darstellt, wurde auf dem Münchener Chirurgenkongress in diesem Frühjahr wieder besonders deutlich. Die Durchschnittsdauer des Klinikaufenthalts der Patienten, so hiess es, sei allerdings in den letzten zwanzig Jahren um 25 Prozent gesunken, dennoch verlangen die moderne Diagnostik und Therapie etwa zweieinhalbfach soviel Pflegepersonal wie vor ungefähr 50 Jahren. Dieses Pflegepersonal aber ist nicht da. Westdeutschland allein hat 40 000 Schwestern zu wenig! Alle sachlich Beteiligten sind sich heute darüber einig, dass die Hauptgründe, die dazu führten, dass der Krankenpflegeberuf einen so geringen Zuspruch hat, in den Arbeitsbedingungen liegen. In den misslichen Arbeitsbedingungen! Es ist keine Seltenheit, dass die Schwestern - in einer Zeit, wo es in anderen Berufen heisst: vierzig Stunden sind genug! - sechzig Stunden wöchentlich arbeiten, dass vier Schwestern ständig in einem Zimmer zusammen wohnen und schlafen müssen; dass das ausgebildete Pflegepersonal einen grossen Teil seiner Arbeitszeit auf Putzen und Zimmeraufräumen verwenden muss, dass Krankenschwestern in verhältnismässig frühem Lebensalter invalide und arbeitsunfähig werden.

Seelische Kraftquellen versiegen

Kann man es bei solchen Berufsaussichten einem jungen Mädchen verdenken, wenn ihr - in einer Zeit, wo die meisten Mitmenschen in ihrer Existenzplanung nur von dem Gedanken an Sicherheit, absolute Sicherheit, erfüllt sind - auch die ernsteste Opferbereitschaft dahinschwindet? Die

oft gedankenlos hingespochene Behauptung, dass es in unseren materialistischen Tagen von vornherein und überhaupt an der Opferbereitschaft fehle, wird durch Zahlen widerlegt: Im Jahre 1952 gab es in der Bundesrepublik 8 600 Schwesternschülerinnen. Bis zum Jahre 1955 wurden es 11 400. Aber sie bleiben auf der Strecke, wenn mit den überbeanspruchten physischen Kräften auch die seelische Kraftquelle versiegt. Sie suchen andere Berufe, "denn", so heisst es in dem oben zitierten Brief einer zehn Jahre im Beruf befindlichen Krankenschwester an eine Tageszeitung, "so bin ich augenblicklich meines gesamten Privat- und Eigenlebens beraubt."

Fragen an die Bundesregierung

Das bedrohliche Problem des Schwesternmangels, mit dem der Mangel an Krankenbetten unauflöslich verstrickt ist, beschäftigt Öffentlichkeit und Fachkreise seit Jahren. Forderungen nach Investitionsmitteln für Krankenhäuser sind laut geworden, damit Neu- und Umbauten vorgenommen, technische Anlagen ergänzt und mehr Arbeitskräfte bei besserer Bezahlung eingestellt werden können. Ein Ministerium, das sich, neben anderen Aufgaben, mit den Erfordernissen der pflegerischen Berufe auseinandersetzen sollte, hat kläglich versagt und wurde aufgelöst.

Die Erkenntnis aber, dass der Regierungsentwurf zu dem jetzt verabschiedeten Krankenpflegegesetz die Grundprobleme nicht regelt, hat den Bundestagsausschuss für Gesundheitswesen dazu gebracht, diese Probleme in einer besonderen Entschliessung anzusprechen und damit endlich ins Rollen zu bringen. Er forderte die Bundesregierung zu einem Bericht über die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser und die Möglichkeiten zur Gewinnung von Pflegepersonal auf. Er fragte die Bundesregierung nach den Motiven, die deutsches Pflegepersonal eine Tätigkeit im Ausland suchen lassen. Er fragt nach den beabsichtigten Massnahmen der Bundesregierung zur fühlbaren Entlastung des Pflegepersonals und nach den Möglichkeiten finanzieller staatlicher Hilfe für die Krankenanstalten. Er fragte sie nach einem Gesetzentwurf, der sich nun endlich dieser Dinge annimmt.

Der Bundesregierung wird in der Entschliessung nahegelegt, ihren diesbezüglichen Bericht dem Bundestag "baldmöglichst" zu erstatten. - Über die Aussichten auf eine Antwort ist noch nichts bekannt.

.... wir stehen vor einem Scherbenhaufen

Wohl bei keinem innenpolitischen Vorgang hat sich die CDU von der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik so distanziert wie bei ihrer Haltung zum Atomgesetz. Durch ein Machtwort des Kanzlers und durch mächtige Einflüsse der Industrie ist eines der wichtigsten Gesetze, das Atomgesetz, zum Scheitern gebracht worden. Diese unverantwortliche Haltung von Teilen der CDU stösst in der deutschen Presse fast einhellig auf Ablehnung. So lesen wir in der "Welt":

"Nun stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Minister Balke und die Christlich-Sozialen fühlen sich von den Christlichen Demokraten gekränkt. Der Rücktritt Balkes ist immer noch möglich. Die Sozialdemokraten fragen, was eine Vereinbarung mit den Christlichen Demokraten künftig wert sei. Schlimmer noch: sie wittern hinter den vierundvierzig Enthaltungen die böse Absicht, sich der Weg für Atomwaffen-Erzeugung freizuhalten - und die harte Hand der Industrie.

Böser sind die zu vermutenden aussenpolitischen Schäden. Ihnen muss sofort begegnet werden. Oder zweifelt irgend jemand daran, dass die Sowjetrussen uns diese Vorgänge in ihrer nächsten Erklärung als Beweis für den von ihnen immer wieder behaupteten kriegerischen Geist Bonns präsentieren werden? Hat niemand an die vielen Sefton Delmers gedacht, die im Westen jede unserer Lebensregungen argwöhnisch belauern? Zwei Weltkriege sind für Millionen Menschen noch ein Stück Gegenwart. Während mancher auch nicht ohne Grund sich abmüht, die westlichen Verbündeten von unserer soldatischen Vertragstreue zu überzeugen, vergisst er darüber jene, die heute wie gestern Beweise von uns fordern, dass wir friedensgewillt nicht aus Schwäche, sondern aus Überzeugung seien. Deutsche Aussenpolitik wird nur erfolgreich sein, wenn sie frei von Verdacht bleibt."

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", die der Regierung nahesteht, bemerkt:

"Rätselhaft und verwirrend..."

Rätselhaft, verwirrend, für die den einzelnen Vorgängen fernstehenden Bürger vielfach unbegreiflich und daher ärgerlich bleibt, dass die Bedenken erst in allerletzter Minute und aus dem Hintergrund geltend gemacht worden sind. Das hat für einen Teil der Bürger etwas Bestürzendes, und solche Einrückesollte man künftig zu vermeiden suchen... Die Vorgänge und die Umstände lassen die Frage offen, ob hier die Stimme des individuellen Gewissens oder der Wink des Kanzlers die Dissidenten mehr geleitet hat.

Zumindest der zuständige Ressortminister, der Atomminister Dr. Siegfried Balke, der sich für den Kompromiss des Atomgesetzes engagiert hatte, sieht sich desavouiert, ja bloßgestellt. Das ist etwas Ungewöhnliches. In verfassungsrechtlichen Sinne sind zwar unsere Bundesminister nicht einzeln dem Bundestag verantwortlich; sie müssen also, so gesehen, aus Abstimmungs-niederlagen nicht für ihre Person Konsequenzen ziehen. Doch geht es nicht gut an, die Bundesminister auf die Rolle höchster Beamter oder blosser Kanzlergehilfen zu reduzieren. Wie bedenklich das wäre,

wird sich vielleicht erst in der Nach-Adenauer-Zeit voll erweisen."

Die "Frankfurter Rundschau" schreibt:

"...nicht zu verantworten

Indem man wieder einmal das Gespenst des bolschewistischen Angreifers zitierte, hat man gleichzeitig eine weitere Fliege geschlagen. Einigen einflussreichen grossindustriellen Interessenten passte das im Atomgesetz vorgesehene Konzessionierungssystem nicht, ein System, das die Allgemeinheit vor der Zusammenballung dieser gewaltigen Kraft in wenigen Privathänden und vor dem lockenden Machtmissbrauch schützen sollte. Es war kein Sozialdemokrat, sondern der BHE-Abgeordnete Dr. R e i c h - s t e i n, der in der Debatte darauf hinwies, dass die Gewerbebefreiheit bei der Energiegewinnung zu Monopolen gewisser Industriezweige führe. Solche Privatmonopole aber passen nicht in das Euratomsystem, dem die Bundesrepublik sich anzuschliessen im Begriffe ist, und weder die konservative britische Regierung noch die angeblich so privatkapitalistischen Amerikaner sind bereit, sie bei sich zu Hause zuzulassen. Die Olympier des westdeutschen Wirtschaftswunders aber möchten nicht auf dieses Instrument wirtschaftlicher und politischer Macht verzichten."

Die "Stuttgarter Zeitung" bemerkt:

"Das nun entstandene Durcheinander ist rechtlich, politisch und wirtschaftlich gleichermaßen vollständig. Es wird in Bonn noch dadurch vermehrt, dass es inzwischen hiess, dem Bundeskanzler seien nun wegen seines Sinneswandels erneut Bedenken aufgestiegen, weil aus Paris verlautete, dass die Verabschiedung des Euratomgesetzes im französischen Parlament durch die Bonner "Panne" gefährdet sei.

Fest steht jedenfalls, dass der Ansehen des Bundestages in der Öffentlichkeit an jenem "schwarzen Dienstag" schwerster Schaden zugefügt worden ist. Fest steht zum zweiten, dass die deutsche Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, alsbald über die Gründe und Hintergründe aufgeklärt zu werden, die den Kanzler und einen Teil seiner Fraktionskollegen dazu bewogen haben, diesen Prestigeverlust des Parlaments zu riskieren und seine Politik unvermeidlichen Missdeutungen im Ausland auszusetzen."

Im Bonner "General-Anzeiger" lesen wir:

"Wie man auch zu den Bedenken des Bundeskanzlers stehen mag..., ...sie ausgerechnet am Atomgesetz zur Geltung zu bringen, war wohl das falscheste, was einem in dieser Stunde einfallen konnte. Die Abgeordneten, die allzu flink dem Wink Adenauers folgten, haben ihm und seiner Partei sicher keinen guten Dienst erwiesen. Dem Sozialdemokraten wurde ein billiger Wahlschlag geradezu aufgedrängt. Durch das Scheitern des Atomgesetzes wird alles, was an Unruhe nach der Göttinger Atomerklärung in der deutschen Öffentlichkeit aufgekommen, inzwischen aber weitgehend wieder beigelegt worden war, in der Hitze des bundesrepublikanischen Wahlkampfes neu aufgewirbelt werden. Mit Neuwegewalt rückt die Atomfrage in die Mitte des Wahlringens..."

* * *

Auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Wien sprach der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Erich Ollenhauer, über Wiedervereinigung und Sicherheit. Die Delegierten, unter denen sich viele Vertreter asiatischer Länder befinden, nahmen die mit großem Ernst vorgetragenen Ausführungen mit starkem Interesse auf. Im folgenden seien die wesentlichsten Kernsätze des Referates von Ollenhauer auszugsweise wiedergegeben:

Wiedervereinigung und Sicherheit

Ein 8-Punkte-Programm von Erich Ollenhauer

1. Die deutsche Frage ist nicht von Deutschland allein zu lösen. Das deutsche Problem kann auch nicht isoliert betrachtet werden, sondern seine Lösung hängt von der allgemeinen internationalen Situation ab und ist insbesondere mit dem Problem der europäischen Sicherheit unlösbar verbunden. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß auch und gerade die Abrüstungsverhandlungen ihren direkten Einfluß auf die Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit haben werden.
2. Die deutsche Wiedervereinigung, als ein internationales Problem, ist ein Ziel, zu dem sich alle sozialistischen Parteien immer wieder bekannt haben. Darum muß auch die Sozialistische Internationale Lösungsmöglichkeiten unterstützen, die, getreu ihren Auffassungen über die Gewährleistung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, realisierbar sind.
3. Da die Herstellung ihrer nationalen Einheit in erster Linie ein hervorragendes Anliegen aller Deutschen ist, müssen auch die Deutschen Wege zur Erlangung dieses Zieles vorschlagen. Diese Vorschläge werden nur Erfolg haben, wenn sie auch den Sicherheitsbedürfnissen anderer Länder gerecht werden.

In einer Welt, die wegen der atomaren Aufrüstung nichts sehnlicher als den Frieden herbeiwünscht, wird die Abrüstung eine primäre Rolle in der internationalen Politik spielen. Die Forderungen nach Abrüstung und der Erlangung der deutschen Wiedervereinigung brauchen keinen Gegensatz zu bilden. Es kommt darauf an, Mittel und Wege zu finden, die Erreichung politischer Lösungen wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit in geeigneter Weise in die Abrüstungsbestrebungen einzuschalten.

4. Nach wie vor werden freie und international kontrollierte Wahlen in ganz Deutschland zu einer verfassungsgebenden, regierungsbildenden und gesetzgebenden Nationalversammlung der einzige Weg sein, um zu einer freigewählten gesamtdeutschen Regierung zu kommen.

Auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Wien sprach der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Erich Ollenhauer, über Wiedervereinigung und Sicherheit. Die Delegierten, unter denen sich viele Vertreter asiatischer Länder befinden, nahmen die mit großem Ernst vorgetragenen Ausführungen mit starkem Interesse auf. Im folgenden seien die wesentlichsten Kernsätze des Referates von Ollenhauer auszugsweise wiedergegeben:

Wiedervereinigung und Sicherheit

Ein 8-Punkte-Programm von Erich Ollenhauer

1. Die deutsche Frage ist nicht von Deutschland allein zu lösen. Das deutsche Problem kann auch nicht isoliert betrachtet werden, sondern seine Lösung hängt von der allgemeinen internationalen Situation ab und ist insbesondere mit dem Problem der europäischen Sicherheit unlösbar verbunden. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß auch und gerade die Abrüstungsverhandlungen ihren direkten Einfluß auf die Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit haben werden.
2. Die deutsche Wiedervereinigung, als ein internationales Problem, ist ein Ziel, zu dem sich alle sozialistischen Parteien immer wieder bekannt haben. Darum muß auch die Sozialistische Internationale Lösungsmöglichkeiten unterstützen, die, getreu ihren Auffassungen über die Gewährleistung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, realisierbar sind.
3. Da die Herstellung ihrer nationalen Einheit in erster Linie ein hervorragendes Anliegen aller Deutschen ist, müssen auch die Deutschen Wege zur Erlangung dieses Zieles vorschlagen. Diese Vorschläge werden nur Erfolg haben, wenn sie auch den Sicherheitsbedürfnissen anderer Länder gerecht werden.

In einer Welt, die wegen der atomaren Aufrüstung nichts sehnlicher als den Frieden herbeiwünscht, wird die Abrüstung eine primäre Rolle in der internationalen Politik spielen. Die Forderungen nach Abrüstung und der Erlangung der deutschen Wiedervereinigung brauchen keinen Gegensatz zu bilden. Es kommt darauf an, Mittel und Wege zu finden, die Erreichung politischer Lösungen wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit in geeigneter Weise in die Abrüstungsbestrebungen einzuschalten.

4. Nach wie vor werden freie und international kontrollierte Wahlen in ganz Deutschland zu einer verfassunggebenden, regierungsbildenden und gesetzgebenden Nationalversammlung der einzige Weg sein, um zu einer freigewählten gesamtdeutschen Regierung zu kommen.

5. Die Zustimmung der Sowjetunion zu freien Wahlen wird nur zu erreichen sein, wenn über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch freie Wahlen und über den zukünftigen internationalen Status des wiedervereinigten Deutschlands zwischen den vier Mächten und den Deutschen gleichzeitig verhandelt wird.
6. In Erkenntnis der Bedeutung des künftigen internationalen und militärischen Status eines vereinigten Deutschland hat die SPD die Eingliederung des wiedervereinigten Deutschland in ein europäisches Sicherheitssystem vorgeschlagen, das im Rahmen der Vereinten Nationen Anerkennung finden müßte. Dieses Sicherheitssystem müßte wie folgt konstruiert sein:
 - a) Es soll das wiedervereinigte Deutschland, seine Nachbarn im Osten und Westen sowie andere interessierte europäische Staaten umfassen,
 - b) Die Vertragspartner verpflichten sich, jede Aggression zu unterlassen;
 - c) Sie verpflichten sich zum gegenseitigen Beistand gegen jed-möglichen Angriff, ohne daß dieses System durch ein Veto blockiert werden darf.
 - d) Eine Schiedsordnung wird zur Regelung von Schwierigkeiten auf friedlichem Wege für die Partner verpflichtend.
 - e) In Verbindung mit den Abmachungen der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen unterwerfen sich die Vertragspartner vorbehaltlos diesen Abmachungen.
7. Die Erreichung eines solchen Zieles erfordert folgende Schritte:
 - a) NATO und Warschau-Pakt-Staaten müssen ihre Bereitschaft bekunden, die beiden Teile Deutschlands aus ihren vertraglichen Verpflichtungen zu entlassen, wenn das europäische Sicherheitssystem zustande kommt.
 - b) Einberufung einer Konferenz der vier Großmächte über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch freie Wahlen, den zukünftigen militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands und die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems.
 - c) Bis zur tatsächlichen Errichtung des europäischen Sicherheitssystems und seiner Organe und bis zur Durchführung der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen, garantieren die vier Großmächte:
 - i) die Unverletzbarkeit aller Territorien,
 - ii) den Verzicht auf bewaffnete Austragung von Konflikten,
 - iii) die Anerkennung der UN-Bestimmungen für die Regelung von Streitfällen.
8. Diese Vorschläge sind begründet auf der Überzeugung, daß ein dauernder Erfolg der Abrüstungsbemühungen in Europa nur dann gewährleistet ist, wenn sie ergänzt werden durch die Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems.